

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1921

179 (4.8.1921)

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger zugestellt 5.50 M. mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 6.50 M.; in der Geschäftsstelle und bei unsern Karlsruher Ablagen abgeholt 5 M. monatlich. — Einzelheft 25 P. Ausgabe: Werktags mittags. Geschäftsstelle u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die einseitige Kolonelle 1.20 M. Die Reklamezeile 3.50 M.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Ausnahme: schluß 8 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Die obererschlesische Frage

Einigung in der Angelegenheit des Truppentransportes

Br. Berlin, 4. Aug. Halbamtlich wird mitgeteilt, daß die Angelegenheit des Truppentransports nach Oberschlesien nunmehr ihre Erledigung gefunden hat. Am Mittwoch nachmittag wurde dem Minister des Auswärtigen Dr. Rosen vom französischen und englischen Botschafter und dem italienischen Geschäftsträger eine von diesen drei Vertretern unterzeichnete Note überreicht, mit nachstehendem Wortlaut:

Paris, 3. Aug. Der Botschafter Frankreichs, der Botschafter Englands und der Geschäftsträger Italiens beehren sich im Auftrage ihrer Regierungen, die deutsche Regierung zu ersuchen, Vorkehrungen zu treffen, um mit allen möglichen Mitteln den Transport alliierter Truppen durch Deutschland zu erleichtern, wenn die Lage in Oberschlesien es notwendig machen würde.

Wärdlich wird hinzugefügt, daß es sich nicht darum handelt, schon jetzt Truppen zu beschleunigen, sondern um die grundsätzliche Bereitwilligkeit Deutschlands, dies auf spezielle Anforderung der Entente zu tun. Der Minister des Auswärtigen antwortete, daß dieses Verlangen dem von der deutschen Regierung in dieser Angelegenheit eingenommenen Standpunkt entspricht und erklärte sich bereit, sich in diesem Sinne mit dem Reichsverkehrsminister ins Benehmen zu setzen.

Wachsender polnischer Widerstand

Wärdmangelungen aus Seuthen zufolge deuten alle Anzeichen auf einen unmittelbaren bevorstehenden polnischen Aufstand. Der polnische Revolt greift immer weiter um sich. Aus Rücksicht haben die deutschen Grenzbeamten vor dem Terror fliehen müssen. Auch in Gieschewal und Janow wurden die Deutschen von polnischen Banden zur Flucht gezwungen. Aus Laurawitz und Wolow werden Zusammenrottungen ehemaliger Insurgenten gemeldet, die schwere Gefahren für die deutschgeimmten Teile der Bevölkerung bedürfen lassen. Die zuständigen Kreisinspektoren sind eifrig auf die Sturzfluten im obererschlesischen Industriegebiet aufmerksam gemacht worden.

Die interalliierte Kommission verkündet schwere Strafen

Br. Breslau, 1. Aug. Die interalliierte Kommission steht sich auf Grund des zunehmenden Terrors der Polen besonders den Gewalttätigkeiten gegenüber den Arbeitern endlich demutlich im Interesse des Arbeitslebens folgendes anzuordnen: Auf den Gruben und Werken des obererschlesischen Bergwerks- und Hüttenbezirks ist es in letzter Zeit wiederholt zu Ausschreitungen gegen einzelne Beamten und Andersdenkende gekommen. Diese Zustände hatten sehr häufig behauerliche Differenzen, welche die Arbeitsmöglichkeit auf das empfindlichste stören, ergeben. Für zukünftige Verhaltungen und Körperliche Verletzungen müssen schwere Strafen verhängt werden, sobald einzelne Fälle zur Anzeige gelangen werden. Man wird es begründlich finden, daß im Interesse des obererschlesischen Wirtschaftslebens alle Differenzen und Zwistigkeiten auf alle Fälle verhindert werden müssen.

Die Einnahmen der Reichseisenbahnen

Aus den Veröffentlichungen über die Einnahmen der Reichseisenbahnen für die Zeit vom 1. April bis 30. Juni 1921 ist zu erkennen, daß die Erhöhung der Tarife nicht die vorhergesagte Steigerung der Einnahmen gebracht hat. Allerdings hat der Personverkehr einen Ueberschuß über den Voranschlag gebracht. Er beträgt indessen nur 96 Millionen Papiermark. Noch ungünstiger ist das Ergebnis beim Güterverkehr. Der Voranschlag rechnete mit 6110 Millionen Mark, hereingekommen sind nur 5200 Millionen Mark, was einen Mindererlös von 900 Millionen Mark ergibt. Entweder sind die Einnahmen so mangelhaft, so wird es unmöglich sein, den Festbetrag von 14 Milliarden Papiermark zu decken.

Die Herzte gegen die Brotpreiserhöhung

Br. Magdeburg, 3. Aug. Die Herztkammer für die Provinz Sachsen wendet sich in einer Veröffentlichung gegen die beschlossene Brotpreiserhöhung, in der sie eine ungeheure Gefahr erblickt. Die beträchtliche Erhöhung des Preises für das tägliche Brot würde zur Folge haben, daß zahlreiche Angehörige des bischre am meisten leidenden Mittelstandes noch mehr an Unterernährung leiden würden.

Unterfchlagung von Unterstützungs-geldern durch Kommunisten

Br. Berlin, 4. Aug. Der Vorsitzende der Unterstützungskommission der Berliner Arbeiterschaft, Barth, hält nach dem Vorwärts entgegen den Berichten des Staatsanwaltes Herzfeld in der Angelegenheit der Unterschlagung von Arbeitsgeldern an seiner Verurteilung der kommunistischen Treuhänder fest und erklärte, daß 245 000 M. vom Konto der Unterstützungskommission abgehoben und infolgedessen diesem Konto und somit der Unterstützungskommission selbst unterschlagen sind. Er vermutet, daß die gesamte, oder der größte Teil der Summe der kommunistischen Noten Säfte überwiehen worden sei.

Beginn eines neuen Aufstandes

Br. Breslau, 4. Juli. (Telunion.) Die Polen versenden Drohbriefe, in denen die Deutschen aufgefordert werden, bis zum 5. August das Abstimmungsgebiet zu verlassen, weil an diesem Tage der Aufstand beginnt. Eine große deutsche Flucht hat infolgedessen eingesetzt. Aus dem Kreise Seuthen wird gemeldet, daß die Insurgenten bereits den Vormarsch beginnen.

Die französische Politik

Br. Paris, 3. Aug. Ueber die Besprechung, die Briand mit General Verand gehabt hat, verlautet heute, daß der französische Kommissar für Oberschlesien empfohlen hat, die Entscheidung über die obererschlesische Frage hinauszuschieben, wenn die Konferenz nicht sofort den nötigen Transport von mindestens einer Division veranlaßt. Die Nachricht ist geeignet, den Eindruck zu erwecken, daß die französische Regierung die Dauer der Entente-Konferenz in die Länge zu ziehen sucht und sich bemüht, eine Entscheidung über Oberschlesien zu verzögern.

Daily Telegraph über den polnischen Raubvogel

Br. London, 3. Aug. Daily Telegraph bringt heute eine Leitartikel über Oberschlesien, dessen Verfasser dagegen protestiert, daß etwa jede Gemeinde grundsätzlich ebenso hoch bewertet werden soll, wie irgend eine andere. Bei der Grenzführung müsse die Zahl der Abstimmenden berücksichtigt werden, nicht aber die Zahl der Gemeinden, sonst werde der Sinn des Friedensvertrags mißverstanden sein. Der Artikel weist ferner darauf hin, daß die Polen ihre eigenen Lebensbedürfnisse nicht auszubedenken verstanden haben, aber trotzdem einen bemerkenswerten Anreiz auf die großen Jungfrauen zeigen, die mit deutscher Arbeit und deutschem Gelde entwidelt worden sind, daher für die Polen einen sehr bedeutsamen Besitz darstellen würden. Zum Schluß sagt der Verfasser, der polnische Ober habe sich wieder einmal als ein Raubvogel erwiesen, er habe auf Kleinanspruch gemacht, wo seit unendlichen Zeiten überhaupt kein Pole gewesen sei, und auf die Hauptstadt Witauens und auf Ohsagien, wo die Ruthenen eine Mehrheit von 3:2 haben und daß die polnischen Truppen, die mit alliierten Waffen ausgerüstet waren, trotz des verpflichteten Wortes, befehlen. Der Appetit des polnischen Adlers sei sehr groß, aber seine Verdauung lasse zu wünschen übrig.

Einladung zur Sitzung des Obersten Rates

Br. Paris, 3. Aug. Savas. Die Einladungen zur Sitzung des Obersten Rates sind heute durch Briand versandt worden. England, Italien, Japan und Amerika wurden eingeladen. Belgien wird eingeladen, falls die Frage der Verteilung der Kriegsschuldigkeiten in Paris vertrieben sein. Japan wird durch seinen Botschafter in Paris vertreten sein. Der französische Botschafter in London wurde beauftragt den amerikanischen Botschafter in London, Harvey, der Amerika vertreten soll, einzuladen. Eine Tagesordnung ist in den Einladungen nicht beigefügt.

Forderung des Eisenbahnerverbandes

Br. Berlin, 4. Aug. Aus Anlaß der wirtschaftlichen Entwicklung hat der Allgemeine Eisenbahnerverband dieser Tage einen erweiterten Anschluß aufgenommen. Der Verbandsschluß hat einstimmig einen Antrag auf Erhöhung der Gehälter angenommen. Der Verband hat ferner beschlossen, sich mit anderen Eisenbahnerorganisationen zwecks gemeinsamen Vorgehens in Verbindung zu setzen.

Hausfuchung bei der Zentrale der Kommunisten

Br. Berlin, 4. Aug. Das Polizeipräsidium teilt mit, dem Berliner Polizeipräsidium gingen am 3. August mehrere Mitteilungen des Inhalts zu, daß an genau bezeichneten Stellen des Hauses Rosenthalerstraße Nr. 88, woselbst die Zentrale der K.P.D. ihren Sitz hat, Waffen verborgen seien. Die Beamten der Abteilung I A des Polizeipräsidiums nahmen daraufhin sofort eine Durchsuchung des Hauses vor. Waffen wurden nicht gefunden. Man erwiderte aber bei der Durchsuchung zahlreiches belastendes Material, amtliche Stempel, amtliche Gläser und amtliche Vordrucke, die zur Beschaffung von falschen Ausweisen dienten. Des Material wurde beschlagnahmt und zum Gegenstand einer Strafverfolgung gemacht.

Die Sorarberger Bauern für den Anschluß an Deutschland

Br. Wien, 3. Aug. In Sorarberg fand eine große Versammlung des unabhängigen Bauernbundes statt, in der neben den österreichischen Bauernführern auch Sorarberger Bauernführer, die sich vor 2 Jahren für den Anschluß an die Schweiz erklärten, unter brauendem Beifall aller Versammlungsteilnehmer für den Anschluß an das Deutsche Reich eintraten. Damit ist die Sorarberger Anschlußbewegung an die Schweiz vollständig fallen gelassen worden.

Der Streit um das Umlageverfahren

Aus Kreisen norddeutscher landwirtschaftlicher Genossen wird uns geschrieben:

Durch die bürgerliche Presse haben in letzter Zeit Meldungen über die Ernteaussichten und ihre Wirkung auf die Getreideversorgung, die trotz scheinbarer, durch die augenblickliche Sitewelle hervorgerufener Zufälligkeit einen tieferen Sinn bergen. Dieser tiefe Sinn trat blühartig in einer vom Reichslandbund ausgehenden Drohung — anders kann man diesen Hinweis nicht bezeichnen — in Erscheinung, worin mit der Begründung des augenblicklichen Saatenstandes die Verminderung oder völlige Aufhebung der Umlage für Brotgetreide gefordert wird. Inzwischen haben eine Reihe von Landwirtschaftskammern und sonstiger landwirtschaftlicher Organisationen sich dieser Forderung des Reichslandbundes zu eigen gemacht.

Denjenigen, der die ganze Entwicklung der Umlageidee und ihre Behandlung seit der ersten Vorrichtung aufmerksam verfolgt hat, kann dieser neue Vorstoß nicht überreichen; es handelt sich nur um die Krönung des unter den Auspizien des „Reichsministers“ Dr. Hermes geführten Kampfes um Einführung der profitierenderen freien Wirtschaft, wozu das Umlageverfahren nach den eigenen Worten des Herrn Ernährungsministers ja nur der erste Schritt sein sollte.

Nachdem schon seit längerer Zeit offene Drohungen seitens der Agrarier und verdeckte schonende Anfeindungen seitens des Reichsernährungsministers auf Nichterreichung der im Gegensatz zum Entwurf und gegen den Widerspruch unserer Genossen auf 2 1/2 Millionen Tonnen herabgesetzten Umlagemenge laut wurden, ist nunmehr ersichtlich mit einem endgültigen Antrag auf Aufhebung des Gesetzes über die Regelung des Verkehrs mit Brotgetreide vom 21. Juni 1921 zu rechnen. Das gibt uns Veranlassung, noch einmal grundsätzlich zu dem Gesetz Stellung zu nehmen.

Der Gedanke der Umlage ist nicht ohne weiteres ein unglücklicher zu nennen, es kommt hier aber mehr noch als sonst darauf an, was aus einem Gedanken gemacht wird; und was Herr Hermes daraus gemacht hat ist eine Mischung von unfähigem landwirtschaftlichem Dilettantismus mit Mangel der Kenntnis für volkswirtschaftliche Zusammenhänge, wenn man nicht annehmen will, daß in raffiniertester Weise alles getan werden sollte, um den Gedanken in so unmöglicher Form Gesetz werden zu lassen, daß er schon vor der Geburt lebensunfähig wurde.

Vor allem sind es zwei Vorwürfe, die gegen das Gesetz erhoben werden müssen. Die Festsetzung der Menge ist zunächst eine vollkommen ungenügende; der Entwurf selbst verlangte ja noch 3 1/2 Millionen Tonnen, während unsere Partei diese Zahl auf vier erhöht haben wollte, um die Ernährung einigermaßen sicherstellen zu können. Der tapfere Hermes hat aber trotz der von ihm für notwendig gehaltenen 3 1/2 Millionen Tonnen sofort auf 2 1/2 Millionen Tonnen zurückgesetzt, als die Großagrarier mit einem Sturzangriff ihre Missfallen ausgedrückt sich anschickten. Wir erheben deshalb den Vorwurf, daß Herr Hermes die Versorgung der Bevölkerung mit Brot zu noch teilweise erschwinglichen Preisen unmöglich gemacht hat, denn die Million Tonnen, auf die das Gesetz gegenüber dem Entwurf verzichtet, müssen zu dem teuren freien Brotpreis bezahlt werden, stellen also auf der anderen Seite ein Milliardengeschäft an die Großagrarier dar.

Der Hauptfehler des ganzen Gesetzes aber ist, daß die Umlage auferlegt wird nach dem Anteil der Länder am Erntertrag an Brotgetreide, Gerste und Hafer im Durchschnitt der Jahre 1906 bis 1920, und nicht nach Sektoreinheit auf den ganzen landwirtschaftlich benutzten Boden. Dazu kommt, daß für die Ernteträge die Zahlen der amtlichen Schätzungen durch die Saatenstandsberichte später maßgebend sind, wodurch natürlich in der einzelnen Gemeinde der Willkür Tür und Tor offenstehen. Man mache sich nun die Folgen dieser Maßgabe klar: der Marschbauer, wie überhaupt der hauptsächlich oder ausschließlich Viehzucht treibende Bauer, erhält die infolge der aufgehobenen Zwangsbewirtschaftung für Fleisch außerordentlich hohen Viehpreise bezahlt; der Bauer aber, dessen Land sich nun einmal in erster Linie zum Getreidebau eignet, wird gezwungen einen Teil seiner Produktion zu dem immer noch billigeren Umlagepreis abzuliefern. Er wird also direkt bestraft dafür, daß er Brotgetreide baut.

Es ist nicht allein die Ungerechtigkeit einer solchen Maßnahme, sondern noch mehr die ungeheure Kurzsichtigkeit und große Gefährlichkeit, die allein schon das Urteil über den Reichsminister Hermes fällen müßte. Denn es ist klar, daß der betroffene Bauer, in nicht ganz ungerechtfertigter Empörung sich überlegt, inwieweit es für ihn günstiger ist, zu der noch lohnenderen Viehhaltung überzugehen, was natürlich zu einem Rückgang der Anbaufläche für Getreide führen würde. Die Tätigkeit des Herrn Reichsernährungsministers, die sich in erster Linie darauf erstrecken müßte, den Rückgang der Getreideanbaufläche, der von 1913 bis 1920 nicht weniger als 18,5 Prozent betrug, wieder wettzumachen und die von 13,3 Millionen Tonnen auf 8,8 Millionen Tonnen gesunkene Getreide-

und An- es verlan- unjetem u treiben. steht mit loh haben Rüstgrel, e populär, mit ihm die Le- werden"

Schwerzeit fest sich einigen

Selbst

telstischen nsten Be- hollig den einen einen getrenntes enarbeiten fahr. Die schließliche e in der eipräsen- Bezirke- über dem verschleier, des Fader- verlässlichen Industries- fess Kinn- e unglück-

ine Refo- unüberzög- nische, in un besitzen Ordnung, einen Plagen- sische Ver- zu beauf- für die die die zten seien

Sonntag reis hat, Aus dem unnehmen, ur Reichs- wurden. ur Reichs- ebretreter, ut der Sege- nen teilge- gefordert sich nur die wirt- rantismus r auf der men, aber

urde aus- die Dele- reisleistung unbung de- In den Gen- en. Sol- t je einen

meine per- un im- selbst hie- r auch das die meiste die Pferde

it, dem ich m Freunde m Glück im wolle, um seine Empe- genommen, so ließ

it mich all che Aufsicht so sehr be- t die ein- t, ihnen kommen. In angedeh- an behaup- ene Erhö- mit mib- Dann, der angeführt zu für einige

s Hotel de tisch ausge- Bierspiele puzten des mresien sei- t ich es zu eifersüch- gelehrt- nen langen er zu lei- eine Wen- lichkeit be- den Woch- m, was ich

Wie die kommunistischen Führer die Arbeiter betrügen

Brandler, der Moskauer Ehrenpräsident — Ein Fakt der „Weltrevolutionäre“ mit den Orgeschrichtern — Das kommunistische Schindluderpiel mit den Arbeitern

Von allen Worten Karl Marx verdient keines mehr, von unseren Kommunisten sorgfältig überlegt zu werden, als jenes aus dem „18. Brumaire“, in dem gesagt wird, alle Dinge der Weltgeschichte ereigneten sich zweimal: einmal als Tragödie und einmal als Farce. Es scheint in der Tat das Schicksal der kommunistischen Bewegung zu sein, alle Irrtümer der Arbeiterbewegung mit wachsender Geschwindigkeit und mit grotesken Verzerrungen wiederholen zu müssen.

Noch vor einem Jahr hielt man bei Blanqui und Bakunin; jetzt aber hält man schon beim Jahre 1903; man hat seinen Revisionismus und seine „Sozialistischen Monatshefte“, die heißen jetzt „Unser Weg“ und sind von Paul Levi herausgegeben, dem in Acht und Bann getanen Opportunisten. „Unser Weg“ richtet jetzt, angelehnt an die bevorstehenden Kommunistentage von Jena, an die Parteileitung die Frage: „Will sie einen Parteitag oder eine Namensänderungsverammlung?“

Levi ist in Acht und Bann getan; es ist verboten, für seine Zeitschrift zu schreiben. Seine Mitarbeiter sind trotzdem geblieben, aber sie verbergen sich vor der Zentrale in Anonymität! Sie haben alle Ursache dazu, denn wie die Inquisitoren der Zentrale gegen das eigene Fleisch und Blut wüthen, zeigt folgende Aufzählung der rechtskommunistischen Zeitschriften:

Die Genossen Richard Müller, Heinrich Malahn und Bernhard Düwel haben der Parteipresse polemische Artikel zur Parteidiskussion eingereicht. Diese Artikel wurden zurückgewiesen.

Bei Beginn der Parteidiskussion nahm der Redakteur der „Südwestdeutschen Arbeiterzeitung“ in Frankfurt Stellung gegen die Zentrale. Er wurde aus der Redaktion entfernt, um in die Presse keine Opposition treten zu lassen. Die „Sozialistische Republik“, unser Parteiorgan in Köln, erhob Einspruch gegen die Maßnahmen der Zentrale gegen die Opposition. Die Folge war eine Säuberung der Redaktion, die mit zuverlässigen Zentraleanhängern besetzt wurde.

Der Genosse Schöffler, Redakteur der „Berghausener Volksstimme“, des Parteiorgans in Renscheid, polemisierte gegen den berüchtigten „Dynamit“-Artikel der „Roten Fahne“. Die Zentrale verbot daraufhin seine Entlassung.

Angelehnt dieser Verfolgungen holen die Rechtskommunisten zu einem schweren Gegenanschlag aus. Sie veröffentlichten in ihrem Organ einen Brief, den Heinrich Brandler, der Vorsitzende der radikalisierten KPD-Zentrale, der Ehrenvorsitzende des „Moskauer Weltkongresses“ am 17. Juni d. J. — nach seiner Verurteilung zu fünf Jahren Zuchthaus — an seine Kollegen von der Zentrale gerichtet hat. Sie enthalten damit diesen anerkannten Heiligen der Kleinlichmachenden Kirche als einen armen Sünder. Sie zeigen damit, wie offensichtlich ein hundertprozentiger Habilitismus gepredigt wird, während man heimlich einem ganz verhassten Opportunismus huldigt, man kann hier schon sagen: Opportunismus bis zum Erbrechen.

Brandler schreibt:

„Verte Genossen! Ich habe acht Tage Urlaub bekommen. Ich nehme an, daß die Regierung meine Flucht wünscht. Ein Grund für mich, jetzt nicht zu fliehen. Ich benutze die Gelegenheit, Euch über die Art meiner Prozedur meine Gründe mitzuteilen. Ich wollte ursprünglich den Bruch rein agitatorisch mit der Wirkung allein nach außen führen. Ich bin davon abgekommen, weil ich im Verlaufe der Vorunternehmung herausstellte, daß die Möglichkeit besteht, eventuell Festung statt Zuchthausstrafe zu bekommen. Ich brauche Euch nicht zu verärgern, daß nicht persönliche Gründe, wie größere Bequemlichkeit bei Festungstrafe, für mich ausschlaggebend waren. Als ich im Verlaufe der Vorunternehmung die Möglichkeit einer eventuellen Festungstrafe herausstellte, habe ich meinerseits alles getan, um mich mit der Zentrale zu verständigen. Ich tat das durch meine Frau, durch meinen Rechtsanwält. Es wurde mir von Rechtsanwalt Weinberg, von meiner Frau und von Schäfer, der mich einmal im Gefängnis besuchte, mitgeteilt, daß die Zentrale mit der von mir unterzeichneten Prozedur, die darauf abzielte, Festungstrafe zu erwirken, einverstanden sei. Ebenso ließ ich anfragen, ob Bedenken beständen, die Verurteilung aus Genuß zu entnehmen, um den Zweck zu erreichen. Auch damit erklärte sich Schäfer und wie Weinberg mir mitteilte, auch Fried und August einverstanden. Das Zeugnis Levis habe ich von vornherein abgelehnt, obgleich Weinberg immer wieder versuchte, ihn heranzuziehen. Jetzt hinterdrein ist Meyer, Walter und Oberlein der Meinung, daß dies falsch war. Die alte Gynodie der Irrungen...

ische Arbeiter haben. Das Arbeitslosenversicherungsgesetz ist eine der brennendsten Aufgaben.

Um die Betriebsrätefrage

Abg. Dr. Glodner (Dem.) begründet einen Antrag Dr. Glodner (Dem.) und Dr. Schöfer (Zit.), 40 000 M für sachgemäße Heranbildung von Betriebsräten einzusetzen. Mit dem sozialdemokratischen Antrag, daß die Mittel den Gewerkschaften überwiesen werden, sind wir nicht einverstanden. Unser Antrag will, daß von der Summe auch anderen Körperschaften Beiträge überwiesen werden. Der Arbeitsminister muß daher die Verfügung haben.

Abg. Habermehl (D.M.): Die Betriebsräte sind eine Konzeption, die der Arbeiterklasse gemacht werden mußte. Wir empfinden jedoch keine restlose Befriedigung darüber, wie sich die Tätigkeit der Betriebsräte entwickelte. An den Streitfragen zeigt sich uns die abwegige Richtung vieler Betriebsräte, deren Begehrlichkeit wuchs. An Arbeitgeberkreisen haben wir die Befürchtung, daß die Betriebsräte über das ihnen gesteckte Ziel der Mitarbeit hinausgehen wollen. Dagegen wenden wir uns. Denn in die Wirklichkeit darf keine Politik getragen werden. Gegen einen Mißbrauch der Betriebsräte zum Verrat der Geschäftsgemeinschaften werden wir uns. Ich verlange, daß sämtliche Mittel für die Betriebsrätefrage zu freieren sind.

Abg. Maier-Heidelberg (Soz.):

Die Ausführungen des Rednerens zeigen uns, daß das Unternehmertum Auffassungen hegt, die sehr rückwärtlicher Art sind. Herr Habermehl trug gegen die Betriebsrätefrage die Argumentation der Unternehmervereine vor. Ich möchte die Verdächtigungen der Arbeiterorganisationen in den Eingaben der Unternehmerverbände entschieden zurückweisen. Ich möchte darauf hinweisen, was als Gewerkschaften schon geleistet haben. Millionen von Goldmark sind von ihnen zur Befreiung der Arbeiterklasse ausgegeben worden. Es wurde damit erreicht, daß die deutsche Arbeiterschaft die intelligenteste

Die Möglichkeit, Festungstrafe herauszuholen, ergab sich aus zwei Umständen. Der Staatsanwalt Folger hatte zum erstenmal einen politischen Prozeß, und verfiel von der Politik so viel, wie die Kuh vom Seiltänzer. Er war der Meinung, daß jeder Kommunist und gar der Vorsitzende der Partei eine Art berufstätiger Verbrecher ist. Als er merkte, daß ich ihn bei der ersten Vernehmung, wo ich jede Aussage verweigerte, nicht auffraß, war seine Auffassung von den Kommunisten erschüttert. Wir hatten dann noch hundertmal polittisiert. Ich konnte mich ihm gegenüber nur verständlich machen, wenn ich ihn von der nationalsozialistischen Seite bearbeitete. Das gelang mir. Ich erfuhr, daß mein Gericht von zwei Zeilgedanken getragen wird: Kommunistenverfolgung und die „schlappe Regierung“ ärgern. Wenn die Möglichkeit bestand, den Orgeschrichtern zu suggerieren, daß es die Regierung ärgere würde, wenn sie mich zu Festung verurteilten, war Aussicht, Festungstrafe zu erzielen. Das wäre die Voraussetzung, die erfüllt werden mußten bei der Art meiner Verteidigung.

Brandler redet sich dann weiter darauf hinaus, daß seine Verurteilung nur zu Festung für die anderen Beurteilten günstig sei. In Wirklichkeit mocht der Brief klar, daß es Brandler nur darauf ankam, koste es was es wolle, seine eigene Haut so weit wie möglich in Sicherheit zu bringen. Zu diesem Zweck bediente er sich einer äußerst verschlagenen, mehr als „opportunistischen“ Taktik, zu der er zunächst nach den Segen der Zentrale bekam. Der Staatsanwalt wird nationalsozialistisch gelddert, die reaktionären Richter werden in den Glauben versetzt, sie könnten die Regierung ärgern, wenn sie ihn nur zur Festung verurteilten. Man bekommt fast immer Einblick in das Aneinanderarbeiten von Kommunismus und Justiz, und Brandlers Richter haben alle Ursache, sich zu den Verschuldigten, die der von ihnen gnädig Beurteilte gegen sie erhebt, zu äußern.

Bleibt ihr Bild aber noch eingemessen im Dunkeln, so ist jenes Brandlers klar und vollständig. Man könnte sagen, wenn Brandler sich wie ein „Schwindler“ benommen habe, so seien es doch eben nur die Richter gewesen, die er, der Angeklagte, beschwindelt habe. Daß aber der Mann bereit ist die Arbeiter mit der gleichen Cleveranz einzunetzelt, zeigt eine weitere Stelle seines Briefes, in der er sein Programm entwickelt. Da heißt es:

„Wir dürfen keine Angst haben, zu wenig radikal zu sein. Wir müssen konkrete Vorschläge für das Wiedergutmachungsprogramm machen, die von der Regierung natürlich nicht durchgeführt werden können, von denen aber die nationalsozialistischen Arbeitermassen den Eindruck haben müssen, daß sie bei gutem Willen und bei ihrem Glauben an die bürgerliche Demokratie im Rahmen dieser Demokratie durchzuführen wären.“

Also, den Arbeitern soll eingeredet werden, daß Forderungen durchführbar wären, von denen man weiß, daß sie undurchführbar sind! Die Politik des Massenbetrugs, die von der KPD-Zentrale täglich praktiziert wird, wird bei dem Ehrenvorsitzenden des „Moskauer Weltkongresses“ zur Höhe eines kommunistischen Prinzipals erhoben. Der Mut, nicht radikal zu sein, will sich doch hinter dem Vorhang eines glitzernden Scheinradikalismus verbergen, den hungernden Massen sollen leere Schaugerichte aufgetragen werden. Unerfüllbare Forderungen sollen gestellt werden, um dann, wenn sie naturgemäß unerfüllt bleiben, mit der Miene der Enttäuschung freischalten zu können: „Die Regierung hat Schuld! Die Sozialdemokraten haben Schuld, die Unabhängigen haben Schuld!“

Man kann den Rechtskommunisten den Triumph nachschauen, den sie empfinden, da sie den kanonisierten Heiligen des kommunistischen Radikalismus in solcher Art und Weise enttäuschen können. Die „Rote Fahne“ aber tobt:

„Eine neue Nummer des „Sowjet“, heißt „Unser Weg“, d. h. Levis Weg genannt, erscheint. Die früheren Mitarbeiter Geyer, Düwel, Marcu usw., sind zu feige, ihre Produkte mit Namen zu zeichnen...“

Im Übrigen scheuten sich die Herren nicht, einen geschlossenen Brief zu veröffentlichen, und dazu nach außen hin den Anschein zu erwecken, als ob Heinrich Brandler sich zum Mitarbeiter des „Unser Weg“ erniedrigt habe.

Der gemeine Lump, der die Gelegenheit seines Aufenthalts in den Männen der Zentrale benutzte, um zu flehen, muß auf dem schnellsten Wege mit Schimpf und Schande aus der Partei gestochen werden. Es wird höchste Zeit!

der Welt wurde. Die deutschen Gewerkschaftsorganisationen sorgten dafür, daß die Arbeiterklasse als solche sich die heutige Kultur zu eigen machte und fähig wurde, beste Analfabrikarbeit zu leisten. Diese Tatsachen schütten die Arbeiterschaft davor, daß man sagen kann, Geld für die Betriebsrätefrage sei unnützlich ausgegeben. In Wirklichkeit fürchtet man die Gewerkschaften. Die 40 000 M bedeuten für die Gewerkschaften zur Führung wirtschaftlicher Kämpfe gar nichts. Wohl aber haben die Gewerkschaften die Pflicht, dafür zu sorgen, daß der Betriebsrätegedanke energisch gefördert wird. Die beste Grundschule für die Betriebsräte sind die Gewerkschaften. Minister Remmele und Minister Engler sind in der Schule der Gewerkschaften groß geworden. Deshalb bilden die Gewerkschaften auch weiterhin die Schule. Nichtsdestoweniger verlangen wir für die Betriebsräte Kurse. Durch das Hindenburgprogramm sind Zahllose in die Industrie hineingezogen worden, denen so die Fühlung mit den Gewerkschaften fehlt. Diese Millionen einzugliedern, wird Jahre dauern. Wir halten den Betriebsrätegedanken für richtig. Nur hätte er früher kommen müssen. Wir werden aus der Krise des Rätegedankens zur Gesundung kommen. Unser Antrag ist bei diesem Weg nur ein kleines Stück. Wir wünschen, daß mehr Geld für die Betriebsrätefrage ausgegeben wird. Wir sind gerne auch für 40 000 M. Wenn dem Minister völlig freie Verfügung gegeben wird und gestrichen wird, daß von diesen Mitteln auch andere Kurse bestritten werden. (Abg. Dr. Schöfer (Zent.): Ist bereits gestrichen), dann können wir auch für den Antrag Dr. Glodner. Das Ministerium muß aber dem Landtag über die Verwendung Rechenschaft ablegen und die Mittel dürfen nicht für andere Körperschaften verwendet werden.

Abg. Siegelmaier-Oberkirch (Zent.) wünscht stärkere Verbreitung volkswirtschaftlicher Kenntnisse für die Betriebsräte, wozu Kurse nötig sind. Gegenüber dem Abg. Habermehl könnte man zahlreiches Material von Auswüchsen aus Unternehmerkreisen anführen. Von Arbeiterseite wurden auch z. B. die Beratungsstellen für Handwerker, die mensa academica, und

Über den bevorstehenden Parteitag in Götting referierte Landtagsabg. Gen. Rüdert. Der Redner besprach die wichtigsten Verhandlungsgegenstände, insbesondere die Reichspolitik und den Programmhaushalt. Als Delegierter wurde Gen. Winter-Offenburg gewählt. Der Hauptgegenstand der Beratung war das Referat des Gen. Rüdert über: Die Tätigkeit der Sozialdemokratie im baltischen Landtag. In einem eingehendem Vortrag führte er den Delegierten die wichtigsten Geschäftsbestimmungen vor Augen und die Stellungnahme der Partei hierzu. Ferner machte er auf die wichtige Arbeit die im kommenden Landtag noch zu leisten ist, aufmerksam. Zum Schluß appellierte der Redner an die Genossen, dafür zu sorgen, daß die Partei möglichst viele Sitze im Landtag erhält, dann würden auch die Wünsche der Parteigenossen in Erfüllung gehen. Von der Diskussion über diese Ausführungen wurde kein Gebrauch gemacht. Damit war die Tagung zu Ende. Der Vorsitzende, Gen. Ettwein, konnte die harmonisch verlaufene Konferenz um 1 Uhr schließen.

Berghausen, 3. Aug. Sozialdem. Partei. Freitag 6. August, abends 9 Uhr findet im Gasthaus „Zur Kanne“ eine Versammlung statt. Wegen wichtiger Angelegenheiten ist das Erscheinen der Parteigenossen dringend erforderlich.

Badischer Landtag.

gr. Karlsruhe, 3. August.

Als Schluß der Beratung des 3. Nachtragssetz wurde heute der Vorschlag des Arbeitsministeriums genehmigt. Hierbei kam es gelegentlich der Anforderung von Mitteln für die Ausbildung von Betriebsräten zu einer Auseinandersetzung zwischen dem deutschnationalen Unternehmertreter Habermehl, dem sich in der Abstimmung der Herr Oberwald von den Demokraten zugesellte und den Vertretern der Arbeiterschaft, wobei die sozialdemokratischen Redner scharf und klar für das System der Betriebsräte und seinen Ausbau eintraten. In der morgigen Sitzung sollen die vorhandenen Vorlagen vollständig erledigt werden, worauf der Landtag bis Mitte September in Ferien gehen wird, was angesichts der Hitze sowohl für die Abgeordneten wie auch für die Zeitungen und deren Leser nicht gerade unangenehm ist.

57. öffentliche Sitzung

Präsident Kopf eröffnet die Sitzung um 9.30 Uhr.

Nachtragssetz des Arbeitsministeriums

Abg. Dr. Glodner (Dem.) berichtet über den 3. Nachtragssetz des Arbeitsministeriums und beantragt dessen Annahme im Sinne der Ausschlußbeschlüsse. Die Mittel der Beihilfe für die Betriebsrätefrage sollen gemäß einem im Ausschuß mit Mehrheit angenommenen Antrag von 15 000 M auf 30 000 M erhöht werden. Unter anderem enthält der Etat 2 433 000 M für die soziale Kriegsbeschäftigten- und Kriegsunterstützungen für: 1 500 000 M für Kinder- und Säuglingsfürsorge; 250 000 M für Kleintierheilfe; 15 000 000 M für Gewerkschaften für: 37 000 M für die Landesstelle für Arbeitsvermittlung; 2 000 000 M für Bauhilfszuschüsse und Bauhilfsdarlehen; 400 000 M zur Förderung des Kleinwohnungsbaues. Für Wasser- und Straßenbau werden 7 614 500 M angefordert.

Abg. Heurich (Zit.) weist auf die in Aussicht stehende größte Wirtschaftskrise aller Zeiten hin. Allenfalls ist Zunahme der Arbeitslosigkeit zu bezweifeln. Dies überträgt sich auch auf das Geld. In einer Zeit, wo größte Arbeitslosigkeit nötig, müssen Hochzinsen ausgeschrieben werden. Deutschland ist auf sich selbst angewiesen. Der Beraternungsprozeß des Volkes nimmt trotz scheinbar hohen Löhnen zu. Die produktive Gewerkschaften für Sorge ist auszubauen. Wir verlangen die paritätische Zusammenfassung der Arbeitsnachweise im neuen Gesetz. Am Achtundzwanzigsten halten wir fest. Dagegen liegt mir wie ich betonen muß, eine Schematisierung des Abstimmungsplans fern.

Abg. Arnold (Soz.):

Es freut uns, daß wir in vielen Fragen mit dem Redner einer Meinung sind. (Sehr gut im Zentrum.) Aber nicht mit allen Mitgliedern seiner Fraktion. Wenn dem Arbeitsministerium weitere Zuständigkeiten gegeben werden soll, so freut es uns. Leider ist es vielfach nicht zuzulassen. Wir wünschen deshalb einen weiteren Ausbau des sozialen Ministeriums. Auch wir bedauern, daß der Gedanke der internationalen Solidarität nicht mehr die Bedeutung wie vor dem Kriege hat, ebenso wie wir bedauern, daß der Gedanke der christlichen Nächstenliebe in die Breite ging. Die Diäten für Beamte, die auf Dienstreisen sind, sind viel zu gering. Man muß den Beamten in kleineren Dingen mehr Selbstständigkeit lassen. Von den Meliorationsarbeiten sieht man wenig. Wir verlangen vom Arbeitsministerium sobald die angeforderten Mittel aufgebraucht sind, weitere Anforderungen hierfür, um der Arbeitslosigkeit zu stemmen. Zu den Betriebsrätefragen stellen wir den Antrag die Mittel zu erhöhen. Die Arbeitgeber laufen erneut gegen diese Position Sturm. Doch werden sie kein Glück damit haben. Die Arbeiter werden sich erst recht um die wirtschaftlichen Zusammenhänge kümmern. Wir werden immer für Verrückterstellung der Arbeiterschaft kämpfen.

Minister Dr. Engler:

Mit dem Antrag bei Anforderungen für die Betriebsrätefrage Bitte zu genehmigen, können wir einverstanden sein. Zum Arbeitslosenversicherungsgesetz liegt erst ein erster Entwurf bei der Reichsregierung vor. Alle ist hier bonndert; denn so wie bisher kann es nicht bleiben. Reich und Länder müssen für Arbeitsbeschaffung sorgen. Auch die Nahrungsmittelherzeugung muß gefördert werden. Ich werde für Inangriffnahme großer produktiver Arbeiten (Kanalbauten, Kraftwerke, Urbarmachung von Boden usw.) eintreten. Die Arbeitsnachweise müssen paritätisch aufgestellt sein. Zentralisiert darf hierbei in Berlin nur sehr wenig sein. Andere Zuständigkeit bei der Einstellung von Arbeitskräften wurde eingeleitet. Die Arbeitsbeschaffung wird durch den Wohnungsmangel erschwert. Mancher Arbeiter hätte anderswo Arbeit, aber keine Wohnung. Die Regelung der Speisefrage wird in den nächsten Tagen durch das Reich vorgenommen. Ich bin für die Freiheit der Bezirke, soweit das Gesamtwohl dies verträglich ist. Es ist jedoch ferner, hier die Grenze zu ziehen. In der Oberdirektion herrscht hierin keine Engherzigkeit. Die ganze Regierung wünscht weitgehende Sozialpolitik. Die Finanzen schreiben aber auch hier Grenzen vor. Wir müssen deshalb im Rahmen des Möglichen bleiben.

Abg. Richter (Soz.):

Eine wesentliche Erhöhung der Mittel für die öffentlichen Arbeitsnachweise ist wünschenswert. Für Berufsberatung geschieht auch viel zu wenig. Hier sollten entsprechende Summen eingestellt werden. Die öffentlichen badischen Arbeitsnachweise sind nicht einseitig besetzt. Im Krieg war diese Gefahr durch Besetzung mit ehemaligen Offizieren vorhanden. Die Ausbildungsstelle für Sozialbeamtinnen lassen befürchten, daß hierfür speziell „Höhere Töchter“ in Frage kommen. Wir verlangen hierfür praktische Personen mit sozialem Verständnis und Kenntnis des Volkes. Ein Mißstand ist die Einlese ausländischer Arbeiter, so lange wir genügend einheimische

Bertheim, 3. Aug. Beim Baden im Main ist der 24jährige Arbeiter G. G. ertrunken.
Gamburg (Bezirk Bertheim), 2. Aug. Am vergangenen Sonntag brach um die Mittagszeit in dem Gemeinwald Gamburg ein Brand aus. Das Feuer griff, durch den Wind begünstigt, schnell um sich. Etwa 50 Hektar sind dem Feuer zum Opfer gefallen. Um die gleiche Zeit brannte es am Bahndamm von Gamburg und Hochhausen und in dem Wald des Juliuspitals Würzburg an verschiedenen Stellen.

Ausbehnung der Sonntagsarten. Versuchsweise hat nun die Eisenbahnverwaltung auch die Ausgabe von Sonntagsarten für Heidelberg, Forstheim, Offenbach, Kehl und Schwetzingen vorgesehen. Freiburg ist ebenfalls, wie wir schon berichtet haben, unter diesen Städten. Auf der Süllentalbahn werden Sonntagsarten vorderhand nur bis Fischpingen erhältlich sein.

Großfeuer in Herbolzheim

Herbolzheim, 3. Aug. Gestern Abend zwischen 6 und 7 Uhr entstand in einem neben der Fabrik Ruenger gelegenen Gebäude ein Brand, der so rasch um sich griff, daß der ganze Komplex bald in hellen Flammen stand. Auch die Hintergebäude wurden vollständig eingeweiht. Bei der außerordentlichen Trockenheit und Hitze bestand natürlich große Gefahr, daß das Feuer sich auch auf die Nachbargebäude ausbreite. Sofort war die einheimische Feuerwehr zur Stelle, die mit Hilfe der Einwohnerkräfte des Feuers Herr zu werden versuchte. In bewundernswürdiger Weise beteiligte sich alles an den Rettungsarbeiten, doch sah man ein, daß es zweckmäßig sei, die Freiburger Feuerwehr zur Verstärkung noch größeren Brandgebäudes um Hilfe zu rufen. Die Freiburger Feuerwehr hielt gerade eine Übung ab, als der Alarmruf eintraf. Sofort machte sie sich auf den Weg zur Brandstätte, die sie in 55 Minuten mit der Automobilspritze und dem Rettungszug erreichte. Bis etwa 11 Uhr nachts mußten die Wehren in Tätigkeit bleiben. Glücklicherweise gelang es, die stark gefährdete Nachbarstadt des brennenden Gebäudes zu schützen. Heute früh gegen 5 Uhr feierte die Freiburger Feuerwehr, die noch wie auch die einheimische mit Ablöschen beschäftigt war, von der Brandstätte zurück.

Aus der Stadt

Geschichtskalender

4. August, 1789 Die französische Nationalversammlung proklamiert die Menschenrechte. 1846 „Der norwegische“ Widdauer Stephan Tindberg in Dronheim. 1893 Erster internationaler Metallarbeiterkongress in Zürich.

Karlsruher Parteinachrichten

Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereines. Jeden Freitag von 4-5 Uhr Bücherausgabe in der Volkshandlung, Adlerstraße 16. Parteigenossen und Genossen, macht von unserer reichhaltigen Bibliothek regen Gebrauch, zumeist euer Wissen, denn Wissen ist Macht!

Berein Arbeiterjugend Karlsruhe. Da das Lokal für die Zusammenkunft während der Ferien geschlossen ist, fällt für heute Abend vorgesehene Diskussionsabend aus. Statt dessen findet ein Abenddiscoabend statt. Treffpunkt ist Liboli, Ecke Ruppurrer- und Nebenstraße. Die Mitglieder werden um zahlreichste Teilnahme ersucht, die Mitgliedergruppe muß vollständig erscheinen.

Das Dirndlkleid

Unsere Zeitgenossen vom andern Geschlecht haben ihre eigene Art erdacht, wie dem Auf zu Einfachheit und Sparfamkeit Folge geleistet werden kann. Natürlich fängt eine Frau, die sparen will, bei den Kleidern an, obgleich es Frauen genug gibt, die selbst auf diesem eigentlichen Gebiet des Weibes nichts mehr sparen können, weil sie nämlich nichts mehr anhaben. Es sind damit sowohl jene „Damen“ gemeint, denen als Anzug Ohrringe, weiter nichts als Ohrringe, vollauf genügen würden, aber auch jene heldenhaften Mütter in den Verkhäben, die bei dem einen Mod und Gott angelangt sind, weil das Einkommen des Mannes nicht einmal für die anständige Bekleidung der Kinder ausreicht.
 Wenn das andere Geschlecht aber schon spart, auf Kosten des guten Aussehens tut man es unter keinen Umständen. Wenn schon billig, nett muß es immerhin sein, sonst hat die Sparsamkeit jeden Sinn verloren. Der natürliche Geschmack verhilft den meisten Frauen zu einem Aussehen, der beides — Sparfamkeit und hübsches Aussehen — vereint.
 Ein solcher Ausweg ist das Dirndlkleid.
 Du magst heute lachen und gehen, wo du willst, ein weibliches Wesen im Dirndlkleid wird dir mindestens jede Minute begegnen. Das Bild unserer Straßen empfängt einen bestimmenden Zug durch diese Vorliebe der Frauen und Mädchen für diese echt-bayerische Kostüm.
 Daß es dabei nicht ohne angelegentliches Ansehen abläuft, ist bedauerlich, vor allem wegen der Frauen bedauerlich. Sie dürfen nicht vergessen, daß das Dirndlkleid ein Arbeitskleid ist, ein Anzug, in dem man sich rühren und bewegen soll. Korsetts und andere Panzer unter einem Dirndlkleid sind geradezu offenkundiges Verbrechen.
 Zug muß das Dirndlkleid nicht unbedingt aus Seidenstoff sein, und daß dazu Brillantstränge oder onduzierte Haare gehören, hat wohl noch kein Mensch gefunden, nämlich dort, wo das Kostüm tagtäglich getragen wird. Das Dirndlkleid ist gewiß kein Reichtum, daß es bis über die Herzen herabgeben muß. Manche Trägerin bezieht in einem etwas andern Sinne manchmal etwas gar zuviel auf offener Straße, wenn über die Knie darf der Stoff schon gehen. Ich glaube nicht, daß unzählige Männer dagegen etwas einzumenden haben.
 Es ist nett und praktisch von unsern Mädchen und Frauen, daß sie sich à la Alm tragen. Das Kostüm erlaubt kräftige Farben, ist im Schnitt gefällig und steht jeder halbwegs gerade gewachsenen „besseren Hälfte“. In die Karreletten der Mode und im trostlosen Einerlei des Männeranzugs ist das Dirndlkleid ein erquickend natürlicher Akzent.
 Nur ist nicht zu übersehen, daß bei dem Dirndlkleid das alte Sprichwort am wenigsten zutrifft von den Kleidern, die Leute macht. Großmütter sollten das Dirndlkleid meiden. Es macht nämlich nur die Junge jung. Auch das ist ein Verbrechen mancher Mädchen und Frauen, daß durch das Dirndlkleid frumme Weite gerade werden sollen. Sie bleiben, auf Ehrenwort, trumm!

Auszahlung der Kriegsgefangenenentlohnungen

Aus dem Reichsfinanzministerium schreibt man uns: Den aus England heimgekehrten Kriegsgefangenen wird bekanntgegeben, daß die durch die Hauptkasse für das Kriegsgefangenenwesen, Berlin SW. 68, Schützenstr. 3, auf Grund ihrer dort vorgelegten Guthabeneingangsbelege nur vom Reich geleistete Vorkasse darstellt und daß die endgültige Abfindung erst nach Eingang der fremdstaatlichen amtlichen Guthabenslisten erfolgen kann. Die erwähnten Guthabeneingangsbelege unterbindliche, auf private Anfragen erteilte Aus-

fünfte der englischen Regierung, die weder Unterschrift noch Stempel tragen und daher als amtliches Material nicht anzusehen sind. Denjenigen Heimkehrern, die aus England in der Zeit vom November 1918 bis Ende August 1919 zurückkehrten, wird dabei ein Umrechnungskurs von 50 M für 1 Pfund Sterling berechnet, weil dieser Kurs den Durchschnittskurs dieser Zeit darstellt. Für die nach dem 1. September 1919 aus England Heimgekehrten und für alle aus Frankreich Zurückgekommenen wird der Kurs des Entlassungstages am dem Durchschnittskurs gewährt. Ein weitergehendes Entgegenkommen ist bei der Finanzlage des Reichs nicht möglich.
 Die Forderungen der Kriegsgefangenen bestehen nicht gegen das Reich, sondern gegen die ehemals feindlichen Regierungen. Wenn das Reich eine vorläufige Anzahlung vor dem Eingang der amtlichen Guthabenslisten leistet, so geschieht dies freiwillig und aus Entgegenkommen für die Heimgekehrten. Einen rechtlichen Anspruch darauf haben sie nicht. Sie müssen sich daher mit der zugehenden Abfindung vorläufig begnügen und im übrigen das Ergebnis der in ihrer Sache unternommenen diplomatischen Schritte abwarten.

Endlich Regen. Nach der wochenlangen Hitze und Trockenheit hat gestern Abend hier ein Gewitterregen eingeleitet, der mehrere Stunden anhielt. Die Nacht lang das Plätschern der Regentropfen und das Gurgeln der Dachrinne. Man öffnete die Fenster und atmete mit Wohlgefallen die kühle Luft ein. Der Regen reicht natürlich nicht entfernt aus, um den Wasserbüchse der ausgetrockneten Erdoberfläche zu füllen, er hat aber wenigstens der erschöpften Vegetation etwas Erleichterung gebracht. Wenn nicht in den nächsten Tagen intensives Regenwetter kommt, wird an den trüben Aussichten für die Kartoffel- und Futterernte wohl nichts geändert sein.

Kommunistenversammlung. Auf gestern Abend 8 Uhr hatte die kommunistische Partei zu einer öffentlichen Volksversammlung auf dem Festsaalplatz eingeladen. Trotzdem die Einladung durch große Plakate an den Anschlagtafeln erfolgte und ein ausdauernder Redner, der Kommunistenführer Düwell aus Dillendorf, angekündigt war, war die Versammlung aufstrebend schwach besucht, was der Versammlungsführer in der Eröffnungsansprache bedauerte. Düwell referierte über die Lage des deutschen Proletariats und hielt sich entgegen sonstiger kommunistischer Gepflogenheiten in durchaus sachlichem Rahmen. Er plädierte am Schluß seiner Ausführungen für die Einheitsfront. Diskussion fand nicht statt.

Kindervertransporte. Heute nachmittag 3.21 Uhr trafen 480 Karlsruher Kinder, die 4 Wochen lang im Kindererholungsheim Feuberg untergebracht waren, mit Sonderzug hier ein. Um 5 Uhr lernten 34 Mädchen aus Baden-Baden und morgen Freitag nachm. 5 Uhr 50 Kinder aus Korb zurück. Morgen verlassen 380 Kinder unsere Stadt, um den August auf dem Feuberg zuzubringen und am 9. August reisen 50 Kinder zu siebenwöchentlichem Aufenthalt nach Korb.

Unterbringung von Bankgewinnen. Wie uns mitgeteilt wird, hat die Süddeutsche Disconto-Gesellschaft A.G. in Mannheim zur Unterbringung der Wohnungsnot in Baden, insbesondere in den Städten, an denen sie Niederlassungen unterhält, dem Arbeitsministerium in Karlsruhe den Betrag von 100.000 M zur Verfügung gestellt. Ebenso hat die Gesellschaft zur Anschaffung von Kirchengeldern dem Erzbischöflichen Ordinariat in Freiburg und dem Evangelischen Oberkirchenrat in Karlsruhe den Betrag von je 25.000 M gestiftet.

Borauszahlungen auf die Einkommensteuer. Es ist früher schon darauf hingewiesen worden, daß die Steuererhebern angelegentlich die Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer jeder Zeit entgegenzunehmen, hieron Gebrauch zu machen, empfiehlt sich insbesondere auch für die Lohn- und Gehaltsempfänger mit einem Gesamtinkommen von mehr als 24.000 M. Da ihnen nur 10 v. H. des Lohnes oder Gehaltes als Steuerabzug einbehalten werden, während je nach der Höhe des Gesamtinkommens die entgeltliche Steuerzuschuld einen höheren Bruchteil dieses Einkommens, unter Umständen ein Mehrfaches des Steuerabzugs beträgt, so haben diese Steuerpflichtigen mit Nachzahlungen zu rechnen, wenn sie nicht neben dem Steuerabzug auch noch freiwillig Vorauszahlungen auf die erst später entgeltlich festzusetzende Einkommensteuer für 1921 leisten.

Verbandsrat des Reichsverbandes deutscher Milchhändler. In der vergangenen Woche fand hier der 1. Verbandstag des Reichsverbandes deutscher Milchhändler statt, zu dem sich etwa 300 Delegierte aus allen Teilen des Reichs (besonders stark vertreten waren Baden, Württemberg, Bayern und die Pfalz), ferner Vertreter der badischen Regierung, der badischen Städte, Landwirtschaftliche Anstalten, der Handelskammer und der württembergischen Landesversorgungsstelle eingefunden hatten. Im Verlauf der Tagung, die dadurch einen traurigen Zwischenfall erlebte, daß der für ein Referat gemonnene Prof. Crüger aus Darmstadt hier plötzlich starb, erörterte Dr. Kühn in Berlin die Milchverordnungsfrage der Städte, wobei er der Überzeugung Ausdruck gab, daß man über kurz oder lang den Milchhandel wieder in seine alten Rechte einsehen werde. Ueber die wirtschaftliche Lage des Milchhandels im Rahmen der Gesetzgebung sprach Stadtm. Müller-Franken-Berlin. In einem weiteren Referat vorbereitete sich Dr. Krimmmann-Kranfurt a. M. über die kommende Konzeptionierung des Milchhandels. Die Behandlung der Milch mit Chemikalien, so wurde von diesem Redner betont, sollte möglichst wieder verschwinden. Dieser Redner vertritt sich auch über das Wesen der Milchfälschung und bemerkt dazu, daß bei Fälschungen häufig getrunken werden solle und zwar nur mit Gefährdung. Von einem weiteren Redner, Dr. Kiegele-König, wurde mit Befriedigung festgestellt, daß viele Kommunalverbände trotz der neuen Milchverordnung an der Zwangsübernahme festhalten. Redner forderte Befestigung des letzten Gesetzes der Zwangswirtschaft, den Befähigungsnachweis für den Milchhändler und Aufhebung der Abhängigkeit von der Stadtkörperschaft und dem Kommunalverband.

Fernsprechtätigkeit. Die Reichstelegraphenverwaltung beabsichtigt, den Fernsprechtätigern größere Freiheit in der Herstellung und dem weiteren Ausbau ihrer Nebenstellenanlagen zu geben. Schon immer wurde es von den Fernsprechtätigern als ein Mangel empfunden, daß die Hauptstellen nicht-eigener Nebenstellenanlagen nicht durch unmittelbare Leitungen (Querverbindungen) miteinander verbunden werden konnten. Das soll künftig geändert sein, und zwar nicht nur zwischen Hauptstellen im Anschlußbereich desselben Ortsamtes, sondern in Ausnahmefällen auch zwischen Hauptstellen in den Anschlußbereichen verschiedener Ortsämter, soweit diese nicht über 25 Kilometer voneinander entfernt sind. Die Oberpostdirektionen sind vom Reichspostminister ermächtigt worden, Anträge auf Herstellung von Querverbindungen dieser Art fortan zunächst widerruflich zu entsprechen. Weitere Maßnahmen, durch die dem Fernsprechtätigern die Möglichkeit gegeben werden soll, gegen Zahlung von Sondergebühren seinen Anschluß zur Steigerung der Benutzungsintensität weiter auszubauen, sind in Vorbereitung.

Selbstmord. Am 4. August 1921 früh gegen 1 Uhr stürzte sich eine 73 Jahre alte Frau aus ihrem in S. Stad gelegenen Zimmerfenster in der Stefaniestraße in den Hof und fand hierbei den Tod. Der Grund zu dieser Tat ist nicht bekannt.

Verhaftet wurden: Ein Postausseher wegen Raubdiebstahls, eine Dienstmagd wegen Diebstahls, ein Tagelöhner wegen Raubs, sowie die Ehefrau eines Kaufmanns wegen Anstiftung

zum Raub, eine Kontoristin wegen Betrugs, ein Kaufmann wegen Diebstahls und Unterschlagung, ein Dienstmädchen, das wegen Diebstahls gefucht wurde, ein Kaufmann wegen Betrugs und Landstreicherei, zwei Ausländer wegen Hebertragung des Raubpfandes und vier Fremdenpersonen wegen Gewerbszunahme.

Valuta-Bericht vom 3. August

Der Markkurs in der Schweiz notierte heute etwa 7.35 Gts, Auszahlung Holland notierte 25.33 M per holl. Guld.; Schweiz notierte 13.65 M per schw. Fr.; England notierte 205 M per Pfd. Sterl.; Frankreich notierte 6.82 M per frz. Fr.; New York notierte 82.50 M per Dollar.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 4. August 1921

Ein Teiltief über Süddeutschland hat Gewitterregen und Abkühlung gebracht. Da von der Westküste der hohe Druck wieder stärker vorrückt, ist wieder meist heiteres, wärmeres Wetter mit schwachen Gewittern zu erwarten. — Voraussichtliche Witterung bis Freitag, 5. August nachts: meist heiter, etwas wärmer, schwache Gewitter.

Wasserstand des Rheins

Schutterinsel 100, gef. 2; Kehl 195, gef. 2; Maxau 347, gef. 1; Mannheim 220, gef. 1 Zentimeter.

Letzte Nachrichten Deutsche Hilfsaktion für das hungernde Rußland

Berlin, 4. Aug. Laut „Vorwärts“ hielten heute vormittag die Vertreter der Behörden, der medizinischen Wissenschaften, der politischen Parteien, des Großhandels und der Großindustrie Besprechungen mit dem Zentralkomitee des Roten Kreuzes über die Hilfsaktion für das durch Hunger und Seuchen schwer bedrohte Rußland ab. Die Redner betonten die Notwendigkeit des Hilfswerkes. Der Präsident des Reichsgesundheitsamts, Dumme, erklärte, daß vom gesundheitlichen Standpunkt aus die Choleraabkämpfung in energischer Weise in Angriff genommen werden müsse. Auch die Gefahr der Verschleppung von Flecktyphus und anderer Seuchen dürfe man nicht aus den Augen verlieren. Wenn wir auch nicht an der Bekämpfung der Hungersnot teilnehmen könnten, so könnten wir uns doch mit unserer medizinischen Wissenschaft und unserer hochentwickelten pharmazeutischen Industrie in den Dienst der Choleraabkämpfung auf russischem Boden stellen. Es wurde beschlossen, vorläufig nur ein Sanitätsschiff mit 5 Ärzten und 20 Hilfspersonen nach Rußland zu senden und erst zu prüfen, ob die russischen Verhältnisse und die Haltung der russischen Regierung eine ungehinderte nützliche Tätigkeit erlauben lassen. Da die Cholera bereits bis nach Pärchau vorgeedrungen ist und sogar Danzig als seuchenverdächtig angesehen wird, wird eine Aktion größten Stils als notwendig angesehen werden.

Kriegsvorbereitungen in Polen

II. Warschau, 4. Aug. In Konarscholen werden die Jahrgänge 1894, 1895 und 1896 einberufen. Die Warschauer Zeitungen teilen mit, daß diese Maßnahmen mit der Bersäuerung der Besatzungen zu Deutschland und Rußland nicht zu tun habe.

Linderung der Not in Rußland

II. Paris, 3. Aug. Das „Deuvre“ bestätigt die Meldung von einem gemeinsamen Vorgehen Deutschlands, Frankreichs und Amerikas zugunsten des Hunger leidenden Rußlands. Das Blatt ist in der Lage, Einzelheiten über diese gemeinsame Aktion zu geben, aus denen hervorgeht, daß die deutsch-französische Korporation unter der amerikanischen Legation große Bedeutung hat. Es sei bereits ein Abkommen zustande gekommen. Die Dresdener Bank habe im Namen der größten deutschen Banken, der sogenannten B-Banken, bedeutende finanzielle Garantien angeboten. Ein Agent der russischen Sowjetregierung habe unter Ermächtigung von Trotzki die Zusicherung abgegeben, daß die Bedingungen Deutschlands und Frankreichs für eine Intervention in Rußland angenommen werden soll. Danach wird die Sowjetregierung alle alten Schulden anerkennen, sowohl diejenigen vor, als auch diejenigen nach dem Krieg.

Revolution in Portugal

III. Madrid, 3. Aug. Eine Depesche aus Lissabon meldet, daß Gerüchte umgehen, daß eine Revolution in Lissabon ausbrechen sei und daß die Armee in vorzüglicher Weise strategische Stellungen eingenommen haben. Eine Lissabener Depesche besagt, daß alle Vorsichtsmaßnahmen getroffen seien und daß man Truppen aus den verschiedenen Provinzen kommen lasse. In der Hauptstadt herrschte Ruhe und ebenso im ganzen Lande. In Lissabon wurden alle Truppen in den Kasernen zurückgehalten.

Ständebuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Geschlechtsregister. Gustav Süber von Stadt Kehl, Oberberw. Zelt, hier, mit Margaretha Schön von Philippsburg, Friedrich Burgardt von hier, Elfriter hier, mit Luise Barquet von hier. Karl Grimm von Freiheit, Kaufm. hier, mit Luise Bergmann von hier. Franz Lisch von Renschen, Postf. hier, mit Elisabeth Leffering von hier. Walter Laß von hier, Kaufmann hier, mit Friederike Nidig von hier. Rudolf Diekmann von Neuenbüren, Kaufmann hier, mit Johanna Dautwaller von hier. Geburten. Anna Maria, Vater Anton Schäbler, Kaufmann, Karl Gottlob, Vater Karl Allgeier, Kaufmann. Berta, Vater Leopold Staub, Jugwachtmeister. Ernst, Vater August Kunz, Metallbruder. Liselotte Magdalena, Vater Friedrich, Niebt, Herrschaftsbesitzer. Karl Lothar, Vater Karl Leger, Mechaniker. Paul Werner, Vater Peter Gorra, Ladler. Gustav Adolf, Vater Jakob Fischer, Lagerarb. Ruth Hedwig, Vater Fritz Gehrner, Kaufm. Anna Maria Helena, Vater Josef Roll, Rangierer. Hedwig Johanna, Vater Friedrich, Baum, Kaufm. Gregor W. H. Vater Otto Kempf, Rangierer. Luise, Vater Edmund Hall, Vermehrungs-Bez. Heinz Dietrich, Vater Ad. Haufer, Schlosser. Erich, Vater Wilhelm Spant, Schreiner. Kurt Ludwig Philipp, Vater Ludwig Schmidt, Wäder. Leo, Vater Fritz Forsthuber, Rangierer. Friedrich, Vater Jakob, Dahn, Fabr. Arb. **Todesfälle.** Therese Eitlinger, 44 1/2 Jahre, Ehefrau von Moriz Eitlinger, Kaufmann. Sebastian Rauch, Schreiner, Ehemann, alt 55 Jahre.

Aufklärung!

Der von Seiten meiner Konkurrenz gegen mich angesetzte erste Angriff ist misslungen. Jedoch brachte die Konkurrenz es fertig, mich aus dem Hotel National zu vordrängen, indem die Konkurrenz der **Besitzerin des Hotels androhte, dass sie das Hotel boykottieren und keinem Reisenden abkaufen wolle**, der im Hotel National wohnt, falls die Besitzerin die **Stoff-Ausstellung** weiter duldet.

Tatsache ist, dass ich der Konkurrenz mit Preis und Qualität furchtbar unangenehm bin und dieselbe bestrebt ist, jede auswärtige Konkurrenz mit allen Mitteln zu vertreiben.

Ich bitte das werthe Karlsruher Publikum von der Herren- und Damen- **Stoff-Ausstellung** im jetzigen Verkaufsraum **Adlerstr. 36** (gegenüber vom alten Bahnhof) ohne Kaufzwang Gebrauch zu machen, um ein Urteil in Preis und Qualität selbst fällen zu können.

Nur bis Samstag den 6. August.
Geöffnet von 9-7 Uhr abends.

5414 **Hermann Fischer.**

Grosser Posten Frucht-Mehl-Kartoffel-Säcke

ein Posten lochfreie, gebrauchte Säcke, sämtliche Restbestände in Sommerperdedecken werden zu bedeutend herabgesetztem Preise abgegeben. Lagerbesuch sehr lohnend für Wiederverkäufer. 5418

Arthur Baer
Kaiserstrasse 133, eine Treppe hoch Eingang Kreuzstrasse.



Reisekörbe: Reisekoffer: Reisetaschen

Spezial-Kofferhaus Gaschw. Kronenstr. 51 1451.
Lämmel: Kronenstr. 51 1451.

Grosse Auswahl! Billige Preise!

Diplome, Sichenkränze

Festabzeichen, Lose, Tanzabzeichen, Eintrittskarten etc.

Bernhard Müller, Papierhandlung
Telephon 5366 Karlsruhe Kaiserstr. 235

Gardinen - Teppiche

Ausserst preiswertes Angebot!

Schellengardinen, haltbare Qualität Mtr. 7.50
Gardinen am Stück, reiche Musterauswahl 13.50
Künstler-Garanturen, 3-teilig 76.50
Halbstores mit imitiertem Fileteinsatz . 78.00
Madras-Garnitur, 3-teilig, schöne Muster 145.00

Grosse Posten Bri-e-Bises Stück Mk. 5.75
Halb-Stores, Erbstüllimit. m. Bändchenarb. 59.00
Bettvorlagen, Friedensqualität Stück Mk. 30.50
Tischdecke mit reichem Besatz 78.00

Reichhaltige Auswahl in nur guten, bewährten Qualitäten.

Baubund-Möbel

Verkauf gegen Barzahlung

in solider Ausführung den veränderten Zeitverhältnissen in Bezug auf Preis und Formgebung angepasst

Verkauf gegen Teilzahlung

bei der gemeinnützigen Hausratsgesellschaft

Badischer Baubund G. m. b. H.
Karlsruhe, Karl-Friedrichstrasse 22.
Eckhaus Rondellplatz, Fernsprecher 5157. 5090
Tägl. geöffnet: vormittags 8-12, nachmittags 2-6 Uhr.

Die weltberühmten Passionsspiele

Auf der grössten Freilichtbühne der Welt, 200 Meter breit, 100 Meter tief. Unter Leitung u. Mitwirkung der berühmten bayrischen Schill- und Fiedlergesellschaft, Ober- u. Unter-Orchester, unter Leitung des alten Oberammergauer Artztes.

Freiburg i. Br.

Spieldate vom 16. Juli ab jeden Mittwoch, Samstag und Sonntag, sowie an Feiertagen bis Ende September. Anfang 1 1/2 Uhr, Ende 7 Uhr. 1500 Mitwirkende. Chöre, Orchester, Orgel. 9000 Plätze. 5142

Prop. kostenlos durch B. Gotthart, Freiburg i. B., Kaiserstr. 132, Fernruf 879. Schulen und Vereine erhalten Preisermäßigung.

Reformhaus Neubert

Kaiserstrasse 118. 5415

Kostüm-Büchlerinnen
sofort gefügt
Färberei und Chem.
Wäsch-Kaufhaus Burg
Karlsruh. 43. 5414

Vielleicht
sind auch Sie bei Herstellung Ihres Hausgerätes mit einem Wollstoff bereicherter und deshalb so wichtig? Wenn dies der Fall, dann lassen Sie sich meine neueste Broschüre mit Beschreibungen kommen. — Siehe täglich einlaufende Anzeigen.

Robert Ruf, Ettlingen 58
Seidelbeer-Berand.
Niederlagen in Karlsruhe bei: C. Zumbly, Nachfolger, Droge, Angartenstr. und Emil Hof, Poststr. 90.

Woll-Matratten Patent-Röste

aus nur gutem Material liefert billigst

Möbelhaus Schaeffer
Hauptstrasse 81 Durlach Hauptstrasse 81.
NB. Freie Lieferung durch eigenes Personal.

Keine falsche Schleuderware!

Motorbootfahrten im Karlsruher Hafen

Bis auf weiteres finden keine Motorbootfahrten mehr statt. 1764

Städtisches Hafenam.

Kragen -Wäscherei Schorpp

Annahmestellen:
Karlsruhe: Bernhardtstrasse 8 Kaiserstr. 34 u. 243 Gerwigstrasse 46 Amalienstrasse 15 Waldstrasse 64 Wilhelmstrasse 32 Augustastrasse 13 Schillerstrasse 18 Kaiserallee 37 Gabelsbergerstr. 1 Rheimstrasse 18. 5425
Durlach: Hauptstrasse 15.

Geld auf Hypothek

in jeder Höhe auszuliefern durch 5259 August Schmitt, Karlsruhe, Friedrichstrasse 43. Telefon 2117.

Durlacher Anzeigen.

Kochmehl-Ausgabe.
Weiterausgabe von Freitag den 3. d. M. ab in den belaufigegebenen Geschäften. Ausgabemenge 400 Gramm pro Kopf auf Karte A 1 (grüne Karte). Schluß der Ausgabe am Freitag den 12. d. M. Preis pro Pfund 3.65 Mk. 1765
Kommunal-Verein Durlach-Stadt.

Volks-Schauspiel Detigheim Wilhelm Tell.

(bei Kaffee)

Aufführung:
Jeden Sonn- und Feiertag bis Ende September. Anfang 2 Uhr. Ende 6 Uhr.

Preise der Plätze: Sitzplätze: 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8 und 10 Mk., Stehplätze: 2 Mk., für Kinder 1 Mk.

Verkauf: Detigheim Theaterkasse, Tel. 61 Kaffee, Karlsruhe Herderstrasse Verlagshandlung, Tel. 1286, Zeitungslokal beim Hotel Germania und Buchhandlung Kraus, Baumfelderstrasse 4, Tel. 2261.
Zugverkehr nach Fahrplan.

Mädchen Reparaturen

an Ihren Gold- und Silberwaren unter Garantie bei 440

Carl Zepfel, Uhrmacher, Morgenstr. 12.



Stroh-Hüte

größte Auswahl - billigste Preise

Theod. Zenker
61 Kaiserstrasse 61
gegenüber der Hochschule. 5419

Kastatter Anzeigen.

10 tüchtige Maurer

werden eingestellt.

Emil Stober, Baugeschäft Kaffee. 5411

Billige Kleiderschränke

von M 50.- an
Kommoden 80.-
Tische 35.-
Hocker, gebraucht . . . 3.-
hat abgegeben 5419

P. Feederle, Durlacher Allee 58.

In einer Stunde fertig

Eierläuse

in Bad. von der Angelegener-Berthold-Kaufhaus (Eisen für 3 Personen, ausreichend. Obiges Mittel empfiehlt Priester C. Dollstein, Herrenstrasse 6. 1188

Baden-Baden.

Sir suchen für die Reunigung Schulentkassen **junge Leute** von kleinem Buchs. Meldungen sofort bei uns. 5411
Arbeitsamt.

Bruchsaler Anzeigen.

Gaststabsabgabe.

Das Stadt-Gastwert hat 3. St. größere Bestände an Gaststabs. Um die Abgabemöglichkeit zu erleichtern wird der Gaststabs bis auf weiteres an jedermann Marken- und Bezugschein frei zum Tagespreis abgegeben.

Die Preise betragen sich ab Gastwert Hof und betragen für:
Gegabelten Grobstots 28.80 Mk. pro Zentner
Grobstots II 23.10
Perlstots 20.00

Die Abgabe des Gaststabs erfolgt:
In Fuhren täglich von 8-12 und 2-5 Uhr, abgenommen Samstags. 1765
Im Kleinverkauf:
Mittwochs nachmittags von 2-5 Uhr
Freitags vormittags von 7-12 Uhr.
Ortskassenstelle Bruchsal.

Die kluge Hausfrau

wartet nicht länger, sondern kauft die nötigen **Einkochgläser Einkochapparate usw.** umgehend bei 4561

C. F. Werner, Eisenhandlung Gaggenau
Nur Deglerstrasse 3.

Volks-Buchhandlung

der Sozialdemokratischen Partei befindet sich Adlerstrasse 16 **Karlsruhe** Telephon 3701.